Abg. Deussen-Dopstadt verwies auf ihr vorliegende Informationen, wonach am Mittwochabend hierzu ein Gespräch der EU-Verwaltung mit dem Bundeswirtschaftsministerium stattfinden werde. Es lägen Initiativen vor, Polizeibehörden und das Rettungswesen aufgrund der ehrenamtlichen Strukturen vom Gebot der europaweiten Ausschreibung auszunehmen. Deshalb mache eine heutige Beschlussfassung keinen Sinn. Vielmehr sollten diese Verhandlungen zunächst abgewartet werden. Sie gehe davon aus, dass ihr bis Donnerstagvormittag nähere Informationen über das Gesprächsergebnis vorliegen.

Der Landrat führte aus, man müsse aufgrund der aktuellen Rechtslage eine Ausschreibung vorbereiten, da man nicht absehen könne, zu welchem Ergebnis man in Brüssel abschließend komme. Er stellte Einvernehmen fest, dass man sodann am Donnerstag im Kreistag entscheiden könne, ob man diese Resolution – eventuell vorsorglich – beschließe.